

Liebe Geraerinnen und Geraer,

gleich werden wir zum sogenannten Gräberfeld IIc des Ostfriedhofes wechseln. Zu den damals jüngsten Toten zwischen 1943 und 1945 und Opfern des Naziregimes zählten die Kinder der Ostarbeiterinnen aus der damaligen Sowjetunion und Polen. Manche von diesen 68 hier bestatteten kleinen Toten wurden kaum einen Tag, wenige Wochen oder Monate alt. Das Gräberfeld IIc des Geraer Ostfriedhofes erzählt stumm von ihrer viel zu kurzen Lebenszeit.

Die promovierte Geraer Kinderärztin Brunhilde Jung war vor 14 Jahren zufällig an diesen Gräbern vorbeigekommen und entzifferte unter den mit Moos bewachsenen Steinen mit wachsendem Entsetzen die Geburts- und Sterbedaten der Kinder. Ergebnis dieser persönlichen Betroffenheit war ihre Dokumentation „Vergessene Kinder“ von 2010, die sie mit Unterstützung der Gedenkstätte Amthordurchgang herausgab und deren Fakten hier Eingang finden.

Diese kleinen Gräber haben eine Vorgeschichte, die vor 100 Jahren im Februar 1924 in Thüringen begann. In der Weimarer Musikhochschule, die damals als Landtag fungierte, wurde ein neuer Landtag gewählt. Erstmals schafften es sieben Abgeordnete der Vereinigten Völkischen Liste, also Rechtsradikale, in das Thüringer Landesparlament. Mit der Tolerierung dieser Rechtsextremisten begann die unheilvolle Vorreiterrolle Thüringens beim Aufstieg des Nationalsozialismus. Denn schon 1932 gelang der NSDAP unter Gauleiter Fritz Sauckel die vorgezogene Machtergreifung der Nazis in Thüringen, das sich später als Mustergau im Dritten Reich brüstete.

Zum tödlichen Rassenwahn der Nazis gehörte die Verdingung von Zwangsarbeitern aus den besetzten europäischen Ländern in die Rüstungsproduktion sowie in Wirtschaft und Landwirtschaft. In Gera beuteten 16 Betriebe über 1000 Zwangsarbeiter aus. Als „slawische Untermenschen“ wurden Ostarbeiter aus Polen und der Sowjetunion besonders unmenschlich behandelt. Selbst schwangere Frauen und Frau-

en mit Kleinkindern kamen ab 1942 auf Befehl Himmlers und unter Kommando des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel zur Zwangsarbeite auch nach Gera. Das jüngste mit seiner Mutter nach Gera deportierte Kind war 1943 elf Monate alt. Das Frauengemeinschaftslager Greizer Straße 36 war vorwiegend für Entbindungen auch für Zwangsarbeiterinnen aus der Geraer Umgebung vorgesehen. Hier sollten 800 Frauen Aufnahme finden. Jeder Frau standen zwei Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Die Arbeitszeit betrug wöchentlich 50 bis 60 Stunden, der Stundenlohn für Frauen 45 Pfennige.

Schwangere und Wöchnerinnen bekamen weder eine Freistellung von der schweren körperlichen Arbeit noch eine Ernährungszulage. Zweimal am Tag durften die Frauen stillen, vor und nach der Arbeit. Selbst entkräftet, reichte ihre Milch den Kindern nicht zum Überleben. Grausames Verhungern wurde als „Lebensschwäche“ auf dem Totenschein umschrieben, aber auch Lungenentzündung, Masern, Diphtherie, Blutvergiftung raffte die Kinder dahin. Ihre Verpflegung und Unterbringung wurde von der Stadt Gera mit einer Reichsmark pro Tag beziffert. Von den insgesamt 85 bekannt gewordenen toten Kindern der Ostarbeiterinnen wurden nur 32 älter als ein Jahr. Wer stellt sich das Leid und die Trauer der Frauen vor, die fern der Heimat ihr Liebstes, das winzige, unter Schmerzen geborene Leben eben nicht am Leben erhalten konnten?

In Betrieben, auf Bauernhöfen, in Familien arbeiteten die Zwangsarbeiter. „Es war“, so der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Jens-Christian Wagner, „die Beziehungsgeschichte zwischen einer überwiegend rassistisch geprägten Mehrheitsgesellschaft und denen, die man zu Ausgestoßenen machte.“ Die erpresste Arbeit von Millionen war Alltagsgeschäft, Alltagsverbrechen. Ausgrenzung, Anprangerung, Denunziation bis hin zu den Morden an den Juden hatten sich während der braunen Jahre in die deutsche Volksgemeinschaft eingeschlichen.

Heute, 2024 ist es das Hauptziel der AfD, eine sogenannte homogene Volksgemeinschaft zu schaffen, um den Fortbestand der deutschen Nation als kulturelle Einheit zu sichern. Das steht in eklatantem Widerspruch zu unserem Grundgesetz, das die gleichen Rechte aller hier lebenden Menschen beinhaltet. Die deutsche Leitkultur, hört man nicht nur aus rechtsextremen Kreisen, müsse selbstbewusst verteidigt werden. Diese Theorie ist in aller Konsequenz keine andere als die, wie sie die Nazis und ihre Gefolgsleute, ja ganz normale deutsche Bürger vor über 80 Jahren an den Zwangsarbeitern praktizierten. Ich zitiere Rikola Gunnar Lüttgenau, den Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Gedenkstätte Buchenwald: „Sie, die Deutschen, gefielen sich in der Rolle der aktiven oder zuschauenden Herrenmenschen, die über vermeintlich minderwertige Volksgruppen herrschen und verfügen konnten.“

Am 1. September dieses Jahres wird wieder ein Thüringer Landtag gewählt. Unsere Kundgebung heute ist ein Warnsignal, neue Verblendung, neuen Haß und damit neues Unrecht an Menschen anderer Herkunft, anderer Sprache, Religion und Aussehens nicht zuzulassen. Mit einem Mahnmal, gestiftet vom Friedensbündnis Gera, geben wir den vergessenen Kindern für die Zukunft eine mahnende Stimme.

Die Akten über die Zwangsarbeiter in der Stadt Gera, von denen 320 auf dem Ostfriedhof begraben liegen, blieben bis in die 1980er Jahre hinein unerschlossen im Verwaltungsarchiv. Und bis dahin für die öffentliche Forschung unerkannt. Seit Anfang der 1990er Jahre hat das Stadtarchiv Gera erstmals Daten zur Zwangsarbeit erfasst. Erst im Jahr 2000 wurde mit der Entschädigung der Opfer begonnen. 55 Jahre zu spät. In Thüringen waren während des Zweiten Weltkrieges 500 000 Menschen in die Zwangsarbeit für Nazideutschland getrieben worden.

Das sind Verbrechen und Morde in unserer Stadt Gera, in Thüringen, die nie verjähren dürfen. Verbrechen eines Regimes, das nie wieder Macht erlangen darf. Es liegt an uns. Nie wieder Faschismus ist jetzt.

Noch ein Hinweis:

Am 8. Mai soll im Südflügel des ehemaligen Gauforums in Weimar eine Dauerausstellung zur Zwangsarbeit in Nazideutschland eröffnet werden.